

# Haushaltsrede der Bürgermeisterin Maria Theresia Opladen

(- Manuskript - Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Ratsmitglieder, liebe Bürgerinnen und Bürger, geschätzte Damen und Herren von Presse und Lokalfunk,

„bei Rundgängen durch historische Stadtkerne führt die Route zu-  
meist an einem Bauwerk vorbei: dem Schuldturm. In diesen wurden  
früher Bürger gesperrt, die ihre Schulden nicht bezahlen konnten. Die  
touristische Sehenswürdigkeit erlangt derzeit unverhoffte Aktualität  
als Sinnbild für die prekäre Situation vieler Städte. Jene, die nicht  
über ein solches Gemäuer verfügen, müssten sich eigentlich schleu-  
nigst eines hinstellen: Denn der Großteil der Kommunen ist de facto  
pleite.“

- so die treffende Beschreibung der Lage der Städte in der  
Frankfurter Rundschau vom 28.11.2002.

Die Städte und Gemeinden befinden sich in der schwersten Finanzkri-  
se seit Gründung der Bundesrepublik. Es ist fünf nach zwölf. Die Bi-  
lanz ist erschreckend.

Nach der jüngsten Steuerschätzung haben die Kommunen im gerade  
vergangenen Jahr 2,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen verloren. Im  
Jahr 2003 werden es fast 3 Milliarden Euro sein.

Nach den Gewerbesteuereintrüben der letzten Jahre wagt das Land Nordrhein-Westfalen noch nicht mal mehr, den Kommunen Orientierungsdaten für die Entwicklung der Gewerbesteuer an die Hand zu geben.

Die Mittel vom Land selber werden kontinuierlich zu Lasten der Städte und Gemeinden gekürzt.

Auf der anderen Seite steigen die kommunalen Ausgaben, insbesondere für soziale Leistungen, unaufhaltsam. In den letzten 30 Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit verzwanzigfacht. Die durch die steigende Arbeitslosigkeit zunehmenden Ausgaben für die Sozialhilfe strangulieren die Kommunen.

Bei den Belastungen tut uns natürlich auch der jetzige Tarifabschluss für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes sehr weh. Natürlich habe ich Verständnis für meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – insbesondere der niedrigeren Lohngruppen –, für die bei der jetzt einsetzenden flächendeckenden Erhöhung von Steuern, Abgaben und Krankenkassenbeiträgen jeder Cent wichtig ist. Kein Verständnis habe ich aber für die Gewerkschaft „Verdi“, die sehenden Auges zum Stellenabbau im öffentlichen Dienst beiträgt.

Man muss sich doch einfach vor Augen halten, dass jetzt schon viele Städte und Gemeinden ihr eigenes Personal nur noch mit Kassenkrediten, also mit geborgtem Geld, bezahlen können.

Als Folge der geschilderten Finanzsituation gibt es eine Talfahrt der kommunalen Investitionen. Dies führt dazu, dass weniger gebaut wird, private Anschlussinvestitionen unterbleiben, Arbeitsplätze wegfallen und das Wirtschaftswachstum geschwächt wird.

Die Gründe für diese katastrophale Situation sind vielfältig. Aber eines halte ich fest: Diese Krise ist nicht hausgemacht.

Sie ist zum Teil zurückzuführen auf die flauere Konjunktur, den Abschwung seit zwei Jahren, die höhere Arbeitslosigkeit und die schrumpfenden Gewinne bei Unternehmen.

Die eigentlichen Ursachen aber sind die für die Städte und Gemeinden verhängnisvollen Steuerreformen der Bundesregierung und die Politik von Bund und Ländern, die immer neue Wohltaten versprechen und die Erledigung den Kommunen aufdrücken. Natürlich ohne das Motto „Wer bestellt, der muss auch bezahlen.“ zu beherzigen. Alleine in der letzten Legislaturperiode des Landtags sind den Städten 118 neue Aufgaben übertragen worden! 118!

Lassen Sie mich zur Verdeutlichung nur ein paar wenige Beispiele bringen. In früheren Jahren wurde auf diesem Weg die Finanzierung für die Langzeitarbeitslosigkeit auf die Kommunen übertragen. Die Aufnahme von Flüchtlingen und Aussiedlern und deren Integration traf und trifft - vor allem die Städte und Gemeinden. Die Einführung

eines Rechtsanspruches auf Kindertagesstättenplätze hatten wir vor Ort zu bewältigen.

Wer nun meint, in der jetzigen Situation sei in diesem Punkt bei Bund und Land Zurückhaltung eingetreten, der irrt. Die Durchführung der Grundsicherung durch die kommunale Ebene, die Beteiligung der Kommunen an der Reform der Krankenhäuser (obwohl aus unserer Sicht nicht mal verfassungskonform) oder – gerade in Arbeit – die Ganztagsbetreuung an Schulen sind Zeichen dafür, dass ein Umdenken auf der staatlichen Ebene noch immer nicht eingesetzt hat.

[Zur Klarstellung: Dies alles sind wichtige Aufgaben, die Sinn machen, und die Kommunen würden diese Aufgabenverlagerungen sicher hinnehmen, wenn die Finanzierung gesichert werden könnte.]

Meine Damen und Herren, dieser Raubzug von Bund und Land durch die Gemeindekassen muss aufhören. Das vom Staat den Kommunen so diktierte Leistungsgerüst ist nicht mehr zu halten.

Viele Kritiker sind mit der Schuldzuweisung, die Kommunen seien selbst verantwortlich für die Misere, schnell bei der Hand. Aber gerade die kommunale Familie hat in den letzten 10 Jahren bis zur Schmerzgrenze gespart.

Wäre dies bei der Bundes- und Landesbürokratie nur annähernd so der Fall gewesen, ginge es uns besser.

Ich nehme an, Sie Herr Orth, stricken auch schon an einer Rede mit dem Tenor: Die Schwarzen und ihre Bürgermeisterin haben die Stadt heruntergewirtschaftet.

Aber das Gegenteil ist der Fall. Gerade wir in Bergisch Gladbach haben unsere Hausaufgaben gemacht und arbeiten weiter energisch daran.

- Jedes Jahr aufs Neue haben wir prozentuale Kürzungen der Fachbereichsbudgets vorgenommen.
- In vielen Jahren gab es noch darüber hinaus interne Sperrungen der Haushaltsansätze durch den Kämmerer.
- Im Rahmen der Aufgabenkritik und Reorganisation haben wir unseren gesamten Aufgabenbestand kritisch durchforstet, von Art und Umfang in Frage gestellt und verschlankt. So konnten Sachmittel in Millionenhöhe eingespart und rund 10 % des städtischen Personals abgebaut werden.
- Danach habe ich nochmals eine Produktkritik ins Leben gerufen, die vor kurzem erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Auf einer also bereits äußerst sparsamen Basis ist es dabei gelungen weitere strukturelle Verbesserungen mit einem Volumen von rund 2 ½ Millionen Euro und einen weiteren Abbau von 24 Stellen zu erreichen.

- Die Verwaltung muss auf meine Anordnung hin mit externen Einstellungsstopps und dem Verzicht auf befristete Beschäftigungen leben.
- Das Ergebnis dieser vielfältigen Konsolidierungsbemühungen im Personalbereich attestiert der Stadt inzwischen sogar das überörtliche Wirtschaftsmagazin Capital. Dort werden wir in der Spitzengruppe der sparsamsten Städte mit niedrigen Personalkosten geführt.
- Und eines ist leider klar: Die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, unsere Auftraggeber und Kunden, sind natürlich aufgrund dieser zahlreichen Einsparungen bereits am Rande des Vertretbaren angekommen.

Für all diese wirklich vorbildlichen Sparbemühungen möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – stellvertretend den Fachbereichsleitern – bedanken. Es ist nicht einfach, mit immer weniger Personal die gleichen Aufgaben auszuführen.

Doch auch wir in Bergisch Gladbach stehen jetzt endgültig mit dem Rücken an der Wand. Der katastrophalen Situation entsprechend müssen der Kämmerer und ich Ihnen heute einen nicht ausgeglichenen Haushalt 2003 vorlegen. Gleichzeitig erhalten Sie den Entwurf eines Haushaltssicherungskonzeptes, mit dem ein struktureller Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2007 erreicht wird. Hierin sind zunächst

eine Menge Vorschläge enthalten, für die der Rat nach sicher intensiven Beratungen politische Prioritäten setzen muss. Das Konzept muss gemeinsam mit dem Haushalt im April verabschiedet werden und dann der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

Meine Damen und Herren, es wird uns nicht mehr möglich sein, in erheblichem Umfang Personalkosten einzusparen, ohne uns von wichtigen Aufgaben zu verabschieden. Wir werden jetzt nicht mehr ohne gravierende Einschnitte für die Bürgerinnen und Bürger auskommen können.

Es wird über die Schließung von Einrichtungen diskutiert werden müssen, über das Zurückstellen eigentlich dringend erforderlicher Sanierungen, über den Verzicht auf wichtige freiwillige Aufgaben, über deutliche Standardreduzierungen selbst bei Pflichtaufgaben.

Dies alles schmerzt natürlich gerade mich als Bürgermeisterin ganz besonders.

Aber selbst wenn wir all diese Anstrengungen bei uns unternehmen, wird dies auf lange Sicht nicht ausreichen. Wir brauchen sowohl ein finanzielles Soforthilfeprogramm als auch eine grundlegende Änderung der Gemeindefinanzen, die uns dauerhaft eine zuverlässige Einnahmequelle beschert.

Wir brauchen diese Hilfe nicht erst morgen, sondern eigentlich schon gestern. Ich hoffe daher, dass der von der Bundesregierung eingesetzte Arbeitskreis für die Reform nicht deshalb gebildet wurde, um die Sache zu verschieben, sondern um möglichst kurzfristig Ergebnisse vorzuschlagen.

Ich appelliere an alle im Landtag Verantwortlichen, die Flut der Gesetze, mit denen die Kommunen belastet werden, einzudämmen und bei allen Gesetzen, die finanziellen Folgen für die Kommunen abzuschätzen.

Ich fordere den Landschaftsverband Rheinland auf, wie wir

- ernsthaft zu sparen,
- alle Aufgaben auf den Prüfstand zu nehmen,
- Standards zu reduzieren,
- Personal abzubauen und
- sich von Beteiligungen und Vermögen zu trennen – wie von seinem Anteil an der WestLB –

bevor eine weitere Umlageerhöhung überhaupt in Betracht gezogen wird und ich erwarte von den Vertretern des Kreistags in der Landschaftsversammlung, dass sie einer solchen die Zustimmung verweigern.

Der Kreis hat sich in den vergangenen Jahren mit seinen Sparbemühungen, seiner Strukturanalyse und daraus folgend seiner Umlagepoli-

tik stets sehr kommunalfreundlich verhalten, auch wenn die jetzige Umlageerhöhung für uns eine bittere Pille ist.

Herr Kotulla wird gleich im Anschluss die Haushaltsrede des Kämmers halten. Wir haben uns darauf verständigt, dass er nach meiner Einführung zur allgemeinen Lage Ihnen speziell die Details des Bergisch Gladbacher Haushalts und des Haushaltssicherungskonzepts vorstellt.

Doch bevor er dies tut, appelliere ich in dieser außergewöhnlich kritischen Situation an alle Ratsmitglieder. Kommen Sie Ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit nach. Lassen Sie uns zusammen versuchen, unsere Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Entweder schaffen wir es in einer großen Anstrengung gemeinsam oder die Stadt fährt an die Wand.

Zwei Zitate möchte ich an das Ende meiner Rede stellen.

Das erste soll – nicht ganz bierernst zu nehmen – den Fraktionen als Ansporn für die Haushaltsberatungen dienen:

„Durch nichts lässt sich so viel Unsinn verhindern wie durch einen Mangel an Geld.“

Das habe natürlich nicht ich gesagt, sondern der französische Staatsmann Charles Maurice de Talleyrand.

Und das zweite Zitat:

„Wir werden unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherheit, unsere guten Schulen, Straßen und Krankenhäuser – um die uns so viele beneiden – nur erhalten können, wenn wir uns auf unsere Kräfte besinnen und ... den Mut zu grundlegenden Veränderungen aufbringen.“

Recht hat der Mann.

Für diejenigen, die nicht wissen, wer es gesagt hat. Es war Ihr (*Fingerzeig in Richtung SPD-Fraktion?*) Bundeskanzler.

Allen Fraktionen wünsche ich gute Beratungen und im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger Mut, Unabhängigkeit und eine glückliche Hand.